

Zur Wirtschaftslage	
Währungspolitische Koordinierung zwingt zu verstärkter Abstimmung der Wirtschaftspolitik	371
Bundesrepublik Deutschland: Expansive Staatsausgaben trotz leichter konjunktureller Aufhellung weiterhin erforderlich	375
Privater Verbrauch — anhaltende Konjunkturstütze . . .	377

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 39/78

Berlin

28. September 1978

45. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Währungspolitische Koordinierung zwingt zu verstärkter Abstimmung der Wirtschaftspolitik

Die weltwirtschaftlichen Probleme konnten trotz der Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Industrieländern bisher nicht entschärft werden. Das weiterhin bestehende Konjunkturgefälle zwischen den USA und Westeuropa und das immer noch hohe amerikanische Handelsbilanzdefizit ließen den Dollar erneut unter Druck geraten. Zwar war nicht zu erwarten, daß die schwierigen Probleme schnell zu lösen wären. Erhofft wurde jedoch, daß schon bald zumindest eine Wende zum Besseren eintreten werde.

Um den vom Dollarkursverfall ausgehenden Störungen in den internationalen Währungsbeziehungen besser entgegentreten zu können, sind die Bemühungen um einen europäischen Währungsverbund verstärkt worden. Am gegenwärtigen Währungssystem frei flexibler Wechselkurse Korrekturen anzubringen, ist durchaus berechtigt, da in diesem System dem Wechselkursmechanismus Aufgaben zugeordnet werden, die er allein unmöglich erfüllen kann. Sind unerwünscht hohe Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse nicht nur Folge divergierender Preissteigerungen, sondern auch Ergebnis unterschiedlichen Wirtschaftswachstums von Land zu Land sowie steigender Ölabhängigkeit einer führenden Volkswirtschaft, so ist dieser Mechanismus überfordert, wenn nur er zum Abbau der außenwirtschaftlichen Salden eingesetzt wird. So wirkt der Dollarkursverfall für sich genommen wachstumsstimulierend in den USA und

wachstumshemmend insbesondere in den Ländern, deren Währungen sich am stärksten aufwerteten. Er fördert daher nicht den Abbau des Konjunkturgefälles und beseitigt nicht eine wichtige Ursache für die unerwünschten Leistungsbilanzsalden. Die starke Dollarkursenkung dürfte auch nicht zu einer stärkeren Energieeinsparung in den USA führen, zumal die Ölpreise in Dollar fakturiert werden und von dieser Kursenkung unberührt bleiben.

Verfehlt wäre es nun allerdings, wenn die währungspolitischen Bemühungen einer stärkeren Verkopplung der europäischen Währungen darauf hinausläufen, zu einem System völlig fester Wechselkurse innerhalb der EG zurückzukehren. Zwar würde ein solches System den Zwang zu wirtschaftspolitischer Abstimmung zwischen diesen Ländern verstärken, wobei die Erfahrungen der Inflationsbeschleunigung durch Wechselkursenkung, die bei frei schwankenden Wechselkursen gemacht wurden, es den Problemländern erleichtern dürften, sich diesem Zwang zu fügen. Jedoch muß auch weiterhin in Rechnung gestellt werden, daß die Regierungen dieser Länder große Schwierigkeiten zu überwinden haben, eine mit den Regierungen anderer Länder abgestimmte Politik zu betreiben, selbst wenn sie guten Willens sind. Es bedarf deshalb eines Ausgleichsmechanismus, um die Auswirkungen des auch in Zukunft möglichen Scheiterns einer an gemeinsamen Zielen ausgerichteten

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1976 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1976			1977			1978 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrep. Deutschland	11,0	-	5,7	9,2	3,3	2,6	6,3	3,6	2,5	6,5	4
Frankreich	8,6	19,4	4,2	15,1	10,5	3,0	12,0	8,7	3	13,5	10
Großbritannien	5,5	7,0	3,0	18,4	15,0	0,2	14,2	14,0	3	14	10,5
Italien	4,3	11,0	5,7	25,0	18,3	1,7	20,3	18,3	2	15,5	13
Niederlande	2,2	14,3	4,6	13,3	8,3	2,3	9,0	6,5	2,5	8	5,5
Belgien	1,7	11,7	5,5	13,1	7,3	1,8	9,1	7,2	3	9	6
Dänemark	1,0	3,8	6,3	15,4	8,6	1,8	10,9	8,9	1,5	10,5	9
Irland	0,2	0,4	3,2	22,0	18,2	5,0	19,5	14,0	5,5	15	9
EG	34,5	-	4,8	14,8	9,6	2,1	11,2	8,9	2,5	11	8
Schweden	1,8	5,2	1,4	12,6	11,0	-2,5	8,7	11,5	1	11	10
Schweiz	1,4	6,6	-1,3	1,1	2,4	4,3	4,8	0,5	1,5	3	1,5
Österreich	1,0	7,2	5,2	11,4	5,9	3,5	8,5	4,8	1	6	5
Norwegen	0,8	2,3	5,8	13,9	7,7	3,9	12,5	8,3	3,5	12	8
Europ. Industrieländer	39,5	-	4,5	14,1	9,3	2,1	10,9	8,6	2,5	10,5	8
Europ. Industrieländer o. BRD ⁴⁾	28,5	-	4,0	16,0	11,6	1,9	12,6	10,6	2,5	12	9,5
Europ. Industrieländer o. BRD ⁴⁾	-	88,9	4,2	14,6	10,0	2,1	11,3	9,0	2,5	10,5	8
USA	42,0	8,3	6,0	11,6	5,3	4,9	10,7	5,5	4	11,5	7
Kanada	4,8	1,2	5,5	15,8	9,8	2,7	9,7	6,8	4	13	8,5
Japan	13,7	1,6	6,0	12,9	6,5	5,1	11,7	6,3	5,5	10	4,5
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	60,5	-	6,0	12,2	5,9	4,8	10,8	5,8	4,5	11,5	6,5
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	-	11,1	5,9	12,2	6,0	4,7	10,7	5,8	4	11,5	7
Insgesamt	100,0	-	5,4	13,0	7,2	3,7	10,9	6,9	3,5	11	7
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	89,0	-	5,3	13,4	7,7	3,8	11,4	7,3	4	11,5	7,5
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	-	100,0	4,4	14,3	9,5	2,4	11,3	8,7	2,5	10,5	8

1) Auf Dollarbasis. - 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. - 3) Deflationierungsfaktor. - 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

Wirtschaftspolitik zu neutralisieren. Vor allem müßte die Möglichkeit sporadischer Auf- und Abwertungen, wie sie auch zwischen den bisherigen Schlangenwährungen vorgenommen wurden, erhalten bleiben.

Die Einschränkung des Wechselkursmechanismus durch eine derartige währungspolitische Regelung, die — wenn auch auf die EG-Länder beschränkt — sich ebenfalls auf die Währungsbeziehungen zu den Drittländern auswirken würde, ist freilich allein genauso wenig wie das einseitige Vertrauen auf den Kursmechanismus geeignet, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die neue Regelung kann daher nur Anstoß sein, die Probleme durch vermehrte Anstrengungen beim Abbau des Konjunkturgefälles sowie bei der Energieeinsparung zu bewältigen. Hierbei darf man sich nicht mit diskretionären Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung begnügen. Entscheidender ist, daß man die Expansionspolitik langfristig anlegt. Nur wenn die staatliche Nachfrage kontinuierlich steigt, gehen von ihr Impulse für einen anhaltenden Wachstumsprozeß aus.

Weil es aber den meisten Regierungen schwerfällt, zu einer langfristig ausgerichteten Wachstumspolitik überzugehen, besteht die Gefahr, daß der Abbau des Konjunkturgefälles nicht durch eine nachhaltige Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Westeuropa gelingt, sondern daß umgekehrt dieses Gefälle durch eine ausgeprägte Expansionsverlangsamung

in den USA eingeebnet wird. Die Regierung der U S A steht gegenwärtig vor der schwierigen Aufgabe, eine wirtschaftspolitische Strategie zu finden, die darauf hinwirkt, daß sich der schon mehrere Jahre anhaltende Aufschwung fortsetzt, daß aber gleichzeitig die Probleme, von denen er derzeit begleitet ist, entschärft werden. Hierzu gehören vor allem die Beschleunigung des Preisauftriebs im Laufe dieses Jahres und die Belastung der Zahlungsbilanz durch die weiterhin hohen amerikanischen Ölimporte.

Meist wird die Auffassung vertreten, daß nun das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik auf die Inflationsbekämpfung und die Energieeinsparung gelegt werden müsse. Damit würde zugleich die Voraussetzung dafür geschaffen, daß es nicht zu einer ausgeprägten Rezession kommt; denn Inflationsbekämpfung und langfristig orientierte Wachstumspolitik stehen nach dieser Auffassung nicht im Konflikt miteinander. Allzu leichtfertig wird dabei aber übersehen, daß eine einseitige Wirtschaftspolitik, bei der sowohl die finanz- als auch die geldpolitischen Mittel stärker restriktiv eingesetzt würden, den Aufschwung sehr schnell abwürgen müßte. Die amerikanische Regierung, die sich dieser Gefahr bewußt ist, schreckt vor einer solchen Politik zurück. Dies nicht deswegen, weil sie unentschlossen ist, sondern weil sie eine Lösung des wirtschaftspolitischen Zielkonflikts sucht, bei der die Inflationsbekämpfung nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Expansion geht.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾
Bundesrep. Deutschland	3,7	3,1	3,5	2,5	1,0	3,5	5,0	4,1	4,5	11,2	3,9	4	11,1	4,3	7
Frankreich	5,1	2,5	3,5	4,6	3,8	4	3,9	-0,6	2,5	9,2	6,3	6,5	19,2	1,0	7
Großbritannien	0,4	-0,8	5	2,4	0,1	1,5	-2,0	-3,8	2	7,5	7,0	4	3,8	4,6	6
Italien	3,4	2,1	2	1,8	2,3	2	1,9	0,1	-1,5	13,7	5,8	5	14,9	-1,0	3
Niederlande	2,7	4,0	3	4,3	2,6	1,5	-1,9	11,2	2,5	10,4	-2,2	3	10,9	2,3	3
Belgien	6,1	2,1	2	4,6	3,8	3,5	0,8	0,4	2,5	9,3	2,1	6	10,4	2,0	5
Dänemark	5,5	0,9	-1	5,1	2,8	2	29,9	-3,5	1	4,0	3,4	3	16,7	-1,4	1
Irland	2,9	2,8	7	1,8	2,1	5	8,4	4,4	10,5	9,2	11	11,5	16,3	9	13
EG	3,6	2,1	3,5	3,2	1,8	3	3,5	1,2	2,5	10,0	4,1	4,5	11,9	2,6	5,5
EG o. BRD	3,6	1,7	3,5	3,5	2,3	2,5	2,9	-0,1	1,5	9,5	4,2	5	12,3	1,9	5
Schweden	4,3	-0,9	-2	4,8	2,7	3	-1,8	-3,4	-2,5	4,4	0,3	4	7,4	-3,1	-3
Schweiz	0,5	2,5	2,5	4,0	1,0	1	-10,7	3,0	0,5	10,1	9,5	5	11,2	8,7	5,5
Österreich	4,0	6,9	0,5	2,5	2,0	2	5,7	8,2	1	11,3	5,0	4,5	17,9	8,5	1
Norwegen	6,3	4,8	2	7,0	10,4	4	9,5	1,2	-13	9,4	3,9	6	12,0	3,0	-7
Europ. Industrieländer	3,6	2,2	3	3,3	2,0	3	3,1	1,3	1,5	9,8	4,2	4,5	11,9	2,7	4,5
Europ. Industrieländer o. BRD	3,6	1,8	3	3,7	2,5	2,5	2,4	0,2	0,5	9,3	4,4	5	12,1	2,3	4
USA	6,0	4,9	3,5	2,2	3,7	3,5	5,0	8,9	6	6,6	1,8	5	18,4	10,3	4,5
Kanada	6,4	2,8	4	1,9	2,0	2,5	2,2	0,3	0,5	9,4	7,4	6	8,0	2,5	4,5
Japan	4,4	3,3	4,5	3,7	3,7	4	3,6	4,2	7	16,8	10,4	6	8,0	2,0	7
Außereurop. Industrieländer	5,7	4,4	3,5	2,4	3,5	3,5	4,2	6,5	6	9,9	5,1	5,5	13,7	6,6	5
Insgesamt	4,9	3,6	3,5	2,8	2,9	3	3,8	4,3	4	9,8	4,6	5	12,6	4,2	5
Insgesamt o. BRD	5,0	3,6	3,5	2,8	3,2	3	3,6	4,3	4	9,6	4,7	5	12,8	4,2	4,5

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — Gewichte 1976 auf Dollarbasis.
Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Die amerikanische Regierung zieht dabei erneut einkommenspolitische Maßnahmen trotz ihrer Unbeliebtheit in Betracht. Dies ist durchaus problemadäquat, weil sich gegenwärtig folgende Konstellation herausgebildet hat: Wegen der langen Laufzeiten der Tarifverträge in den USA haben sich im bisherigen Verlauf des Aufschwungs die Lohnsteigerungen erheblich weniger beschleunigt als der Preisauftrieb. Wenn sich andererseits der Lohnstückkostenanstieg beträchtlich verstärkt hat, so deshalb, weil die Produktivität bereits im vergangenen Jahr erheblich verlangsamt gestiegen war und in diesem Jahr zunächst sogar zurückging. Würden die Gewerkschaften im nächsten Jahr, in dem viele Tarifverträge neu abgeschlossen werden müssen, Lohnsatzsteigerungen durchsetzen, die dem jetzigen Tempo des Preisanstiegs entsprächen, so wäre das Ziel einer Abschwächung der Inflation nicht mehr zu erreichen. Die Regierung erwägt deshalb die Festsetzung von Lohnleitlinien, die zu einer Milderung der Lohnforderungen beitragen sollen. Ihr kommt dabei gegenwärtig eine leichte Abschwächung des Preisauftriebs — bedingt durch die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise — entgegen. Sind Lohnleitlinien auch nur als Empfehlung gedacht, so kann ihnen doch dadurch Nachdruck verschafft werden, daß ein Wohl-(Fehl-)verhalten der Tarifparteien steuerpolitisch honoriert (geahndet) wird, wie es bereits in Großbritannien gelungen ist.

Auch in Großbritannien sind Überlegungen akut, ob die weitere wirtschaftliche Entwicklung einkommenspolitisch abgesichert werden muß. Nach dem Ende der letzten einkommenspolitischen Runde hat zwar eine Beschleunigung der Lohnsatzsteigerungen dazu geführt, daß sich die Verbrauchernachfrage erheblich verstärkte und eine wirtschaftliche Belebung einsetzte. Es besteht jedoch die Gefahr eines Erlahmens der expansiven Kräfte, weil es bisher trotz deutlich steigender Endnachfrage nicht gelungen ist, die Investitionsneigung der Unternehmen ausreichend zu verbessern. Unzutreffend ist es, hierin die Folge einer schlechten Ertragslage zu sehen. Während der letzten einkommenspolitischen Runde veränderte sich nämlich die Einkommensverteilung beträchtlich zugunsten der Unternehmen. Sie hat sich auch in der gegenwärtigen Belebungsphase nicht für die Unternehmen verschlechtert, da die stärkeren Lohnsatzsteigerungen durch vermehrte Produktivitätsfortschritte ausgeglichen wurden. Wenn sich die Unternehmen trotzdem äußerst vorsichtig verhalten, so kommt hierin vor allem ihre Unsicherheit über die weitere Entwicklung von Löhnen und Gewinnen zum Ausdruck, eine Unsicherheit, die angesichts der Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten nicht völlig unverständlich ist. Es kommt deshalb auch gegenwärtig darauf an, mehr Sicherheit über eine ausgewogene Entwicklung der relativen Einkommen zu erlangen. Der Einsatz einkommenspolitischer Mittel wäre hierbei hilfreich.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	in Landeswährung												in SZR		
	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾
Bundesrep. Deutschland	15,2	3,5	7	7,3	7,1	5,5	9,0	0,9	4,5	1,5	4,4	3	4,3	12,0	10
Frankreich	18,5	12,1	14	15,2	13,4	14	13,7	8,8	10,5	10,6	10,1	10,5	4,3	5,9	14
Großbritannien	25,0	30,8	16	14,5	9,8	13,5	21,4	30,7	12,5	11,2	9,7	10	-4,9	4,8	13
Italien	25,3	12,8	17,5	22,0	21,8	14	18,5	10,9	15	15,4	19,8	11,5	-4,8	11,7	8,5
Niederlande	26,7	7,7	8	10,9	8,4	8	21,1	5,3	5,5	6,0	6,0	5,5	6,6	12,9	10,5
Belgien	9,9	5,1	7,5	14,6	10,6	9,5	4,2	3,2	4,5	8,6	8,6	6,5	8,8	15,5	12,5
Dänemark	20,9	5,5	9	12,9	11	9	13,7	3,5	7,5	6,2	9	7,5	6,2	8,5	8,5
Irland	15,0	10,5	11	20,4	21	15	11,4	5	5	16,7	15,5	9	-0,2	10,5	12
EG	19,1	10,4	11,5	13,1	11,3	10,5	13,8	8,5	8	7,6	8,7	7	2,7	10,2	11
Schweden	-15,1	-23,9	5,5	18,6	12,6	11	-16,3	-21,9	4,5	17,0	15,5	10	17,3	11,0	2
Schweiz	3,0	10,5	4,5	1,1	2,5	3	4,4	6	3	2,4	-1,5	1,5	11,2	1,5	26,5
Österreich	15,9	4,2	3	10,2	10,2	7	10,2	0,7	2	4,8	6,5	6	7,0	14,5	12
Norwegen	7,7	11,3	12	15,3	12,3	12	1,8	7,1	8	9,0	8,1	8	9,8	9,6	2
Europ. Industrieländer	17,4	9,5	11	12,9	11,1	10	11,6	6,7	7,5	7,8	8,6	7	4,0	10,0	11
USA	14,3	11,1	8,5	11,4	11,6	12,5	7,8	5,9	4,5	5,1	6,4	8	10,5	5,2	1,5
Kanada	13,2	6,3	18	15,6	10,9	12	7,3	3,5	13,5	9,6	8,0	7,5	18,9	-1,0	-4,5
Japan	9,4	8,5	10	13,0	12,5	10	3,2	3	4,5	6,6	7	4,5	12,2	17	22,5
Außereurop. Industrieländer	12,7	9,9	9,5	12,1	11,7	12	6,3	4,6	6	6,4	6,9	7	12,5	7,6	7
Insgesamt	14,5	9,8	10	12,4	11,5	11,5	9,6	5,9	7	7,3	8,0	7	7,2	9,1	9,5

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewicht mit 1976er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

In Frankreich hat die Regierung ihren im Frühjahr eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs konsequent fortgesetzt. Dabei hat sich die vielfach geäußerte Befürchtung, daß es nach der Aufhebung der seit Kriegsende bestehenden Preiskontrollen zu exorbitanten Preissteigerungen kommen werde, nicht bestätigt. Zwar ist die Inflationsrate nicht mehr weiter zurückgegangen, jedoch haben die inländische Konjunkturlage und der internationale Wettbewerb dafür gesorgt, daß die Wirtschaft beim Herantasten an die unter den neuen Marktbedingungen möglichen Preise mit Vorsicht vorging. Gefahren drohen der Preisentwicklung allerdings von dem wieder verstärkten Lohnauftrieb. Die erhebliche Anhebung der Mindestlöhne durch die Regierung hat stärkere Lohnerhöhungen auch in anderen Tarifgruppen nach sich gezogen. Dies erschwert die beabsichtigte Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen. Damit besteht die Gefahr, daß es nicht zu der erhofften Beschleunigung des Wirtschaftswachstums kommt.

Im ersten Halbjahr 1978 blieb das Wirtschaftswachstum bereits hinter den offiziellen Prognosen zurück. Vor allem die privaten Investitionen sind weniger als erwartet gestiegen. Im bisherigen Jahresverlauf zeichnet sich zwar eine leichte Verbesserung der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ab. Produktionsverlauf, Konsumneigung und außenwirtschaftliche Situation lassen jedoch nur eine geringfügige Wachstumsbeschleuni-

gung erwarten. Dies reicht nicht aus, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Im Gegenteil ist es schon aus demographischen Gründen wahrscheinlich, daß die Arbeitslosigkeit auch saisonbereinigt weiterhin zunehmen wird.

Die Regierung sucht dem entgegenzutreten, indem sie die Haushaltspolitik für 1979 expansiver auszurichten beabsichtigt. Um die Beschäftigungslage zu verbessern, sind unter anderem in bestimmten Fällen steuerliche Erleichterungen bei Neueinstellungen, die Befreiung von Sozialabgaben bei der Einstellung jugendlicher Arbeitsloser und die Förderung von Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, vorgesehen. Dagegen sind die geplanten Maßnahmen zur direkten Belebung von Produktion und Wachstum von untergeordneter Bedeutung. Auch in Frankreich ist es deshalb fraglich, ob es der Regierung gelingen wird, die erstrebte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zu erreichen.

In Italien hat sich die wirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf konsolidiert. Zwar kann die Regierung die von ihr angestrebten Wachstumsziele für 1978 nicht erreichen, jedoch haben sich die Voraussetzungen für eine anhaltende Wirtschaftsbelebung deutlich verbessert. Allerdings ist das Wachstum der Produktion auch in diesem Land noch unbe-

friedigend, weil die private Investitionstätigkeit nur wenig zugenommen hat. Die Produktionsbelegung wurde bisher von der stetigen Entwicklung des privaten Verbrauchs und der kräftig steigenden Auslandsnachfrage getragen. Dabei hat sich die außenwirtschaftliche Situation deutlich verbessert. So konnte Italien nicht nur die internationalen Währungskredite früher als erwartet zurückzahlen, sondern auch die eigenen Währungsreserven kräftig erhöhen.

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage geht mit Erfolgen bei der Eindämmung der Inflation einher. Stärker als erwartet gelang es, Preis- und Lohnsteigerungen zu begrenzen. Ob sich diese Ent-

wicklung fortsetzt, wird vor allem von den im Herbst stattfindenden Lohnverhandlungen abhängen. Die Regierung wünscht, daß die Löhne in den nächsten Jahren nicht stärker als die Lebenshaltungskosten zuzüglich eines Zuschlags für den Produktivitätszuwachs steigen. Die Gewerkschaften haben erkennen lassen, daß sie wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu einer gewissen Zurückhaltung bereit sind, fordern aber gleichzeitig Programme zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Der Dreijahres-Finanzplan der italienischen Regierung 1979–1981 sieht daher auch vor, in jedem dieser Jahre 300 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn auch die private Investitionstätigkeit deutlich zunimmt.

Bundesrepublik Deutschland: Expansive Staatsausgaben trotz leichter konjunktureller Aufhellung weiterhin erforderlich

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die konjunkturelle Lage in den Sommermonaten verbessert. Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes ist im zweiten Quartal aus dem Tief, in das sie zu Jahresbeginn geglitten war, wieder herausgekommen; ihr Niveau war in den Monaten Juni/Juli deutlich höher als am Ende letzten Jahres. Damit wurde zugleich die Leistung der entsprechenden Monate des Vorjahres zum ersten Mal in diesem Jahr erheblich übertroffen. Belegungstendenzen waren in allen Gruppen des verarbeitenden Gewerbes zu verzeichnen, am ausgeprägtesten im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe. Hier war im Juli die Produktion um 8 vH höher als vor Jahresfrist. Bemerkenswert ist jedoch auch die Aufwärtstendenz im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, dessen Produktionszuwachs rund 6 vH betrug.

Das günstige Abschneiden der Produktionsleistung in den beiden letzten statistisch belegten Monaten hat sich zum Teil dadurch ergeben, daß die Juni-Produktionsindizes nachträglich nach oben korrigiert worden sind. Diese Korrektur war so kräftig, daß sie auch die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts im zweiten Viertel dieses Jahres beeinflusst hat, und zwar um rund einen halben Prozentpunkt. Damit ist allein aufgrund der Berichtigung dieser wichtigen Ausgangsstatistik aus der vor einem Monat an dieser Stelle konstatierten Stagnation des realen – um Saison- und Arbeitstageinflüsse bereinigten – Bruttosozialprodukts¹ nun ein Anstieg mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 vH geworden.

Neben dem verarbeitenden Gewerbe trägt die Bauwirtschaft maßgeblich zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung bei. Dies gilt gleichermaßen für den Hoch- wie für den Tiefbau. Die Produktionsleistung des Bauhauptgewerbes war im Juni/Juli um mehr als 10 vH höher als vor Jahresfrist. In der Tendenz korrespondiert dieser Anstieg mit der Entwicklung der Baugenehmigungen und der Auftragsvergaben an das Baugewerbe. In der Intensität bleibt er jedoch zunächst noch hinter der in diesen beiden letztgenannten Indikatoren zum Ausdruck kommenden Nachfrageentwicklung zurück. Bei dieser sich öffnenden Schere zwischen Nachfrage und Produktion hat sich der Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes außerordentlich erhöht. Laut Ifo-Konjunkturtest entsprach er im Juli einer Reichweite von 3,3 Monaten. Das ist ebenso viel wie in den Jahren der Hochkonjunktur der Bauwirtschaft 1971/72. Zu bedenken ist allerdings bei diesem Vergleich, daß damit keineswegs der Anschluß an die hohen Bauleistungen der damaligen Jahre gefunden ist, denn zwischen damals und heute liegt die starke Schrumpfung dieses Wirtschaftszweiges, die sich in einem Rückgang der Beschäftigtenzahl um 400 000 manifestiert. Nicht zuletzt wegen dieses Verlustes an Arbeitskräften fällt es der Bauwirtschaft heute schwer, sich an die überaus rasch veränderte Nachfragesituation anzupassen.

¹ Vgl. Fortgesetzte Stagnation des Sozialprodukts. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 34/78.

Weniger eindeutig als in der Bauwirtschaft ist der Zusammenhang zwischen Produktions- und Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe. Vor allem ist es hier noch nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung des Auftragsbestandes gekommen, und die Entwicklung des Auftragseingangs in den letzten Monaten läßt trotz einer leichten Belebung noch nicht den Schluß auf eine stabile Aufwärtstendenz in der kommenden Zeit zu. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich das Ausland wieder bestellfreudiger gezeigt hat; der Schock, den die Währungsunruhen und die damit einhergehende kräftige Aufwärtstendenz der D-Mark zu Beginn dieses Jahres ausgelöst hatten, ist offenbar weitgehend überwunden worden, obwohl die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Wechselkursrelationen fortbestehen. Erhöhte Aufträge aus dem Ausland konnten in den letzten Monaten das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe verbuchen, keine Verbesserung der Auslandsnachfrage war indes beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe festzustellen. Zum Teil hängt diese Benachteiligung der Produzenten von Investitionsgütern damit zusammen, daß in den meisten wichtigen Industrieländern der Investitionsaufschwung noch auf sich warten läßt; sie könnte aber auch darin begründet sein, daß im Investitionsgüterbereich die Fristen zwischen Bestellung und Lieferung, technisch bedingt, weitaus länger sind als in den beiden anderen genannten Gruppen des verarbeitenden Gewerbes und hier deshalb den Auslandskunden das Wechselkursrisiko zu hoch erscheint. Für den Investitionsgüterbereich ist diese anhaltende Zurückhaltung der Auslandsnachfrage um so gravierender, als auch die Bestellungen aus dem Inland nach wie vor zu wünschen übrig lassen: Bei großen Schwankungen von Monat zu Monat war das saison- und arbeitstäglich bereinigte Niveau des realen Auftragseingangs auch zuletzt noch niedriger als im vierten Quartal 1977. Wenn die realen Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1978 um rund 7 vH, also spürbar höher waren als in der entsprechenden Vorjahrszeit, so ist dies nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Erklärung liegt einmal in dem kräftigen Anstieg der Importe von Investitionsgütern, zum anderen darin, daß sich die genannte Wachstumsrate allein auf den „Überhang“ am Jahresende 1977 gründet; selbst unter Berücksichtigung der weiter gestiegenen Importe von Investitionsgütern ist es seither saisonbereinigt zu keiner weiteren Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen gekommen. Allerdings haben die Unternehmen ihre Nachfrage nach Krediten in letzter Zeit verstärkt. Dies deutet auf eine gewisse Belebung der Investitionsneigung hin.

Trotz der Verbesserung im Gesamtbild ist damit die Konjunktur in der Bundesrepublik noch immer gespalten: Der Anstieg wird getragen vom stetig expan-

dierenden privaten Verbrauch, der lebhaft steigenden Bauproduktion, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres ihren Vorjahrsstand weitaus deutlicher übertreffen wird als im ersten Halbjahr, sowie einer sich offenbar wieder etwas verstärkenden Vorratsbildung. Wachstumshemmend wirkt nach wie vor die unzureichende Expansion der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen und vor allem das geringe Wachstumstempo der Ausfuhr bei gleichzeitig kräftig steigenden Einfuhren, insbesondere von Fertigwaren. Das Gewicht der Investitions- und Exportschwäche ist dabei so bedeutend, daß das Wirtschaftswachstum trotz der in den übrigen Nachfragebereichen befriedigenden Entwicklung in diesem Jahr wiederum gering sein wird; es wird wahrscheinlich nur 2,5 vH betragen.

Damit ist auch für die Arbeitslosigkeit mit keiner fühlbaren Reduzierung zu rechnen. Der Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Arbeitslosen auf wieder über eine Million in den Monaten Juli und August ist wohl auch auf besonders viele Schulentlassungen zu Beginn der Sommerferienzeit zurückzuführen. So läßt die leicht steigende Zahl der offenen Stellen erwarten, daß es im letzten Jahresdrittel zu mehr Neueinstellungen bei den Unternehmen kommt. Der von einer solchen — saisonbereinigten — Entwicklung der Beschäftigung auf die Arbeitslosigkeit ausgehende positive Effekt wird aber von den nun wieder negativ werdenden saisonalen Faktoren weit übertroffen werden. Zum Jahresende wird die Statistik wohl wieder rund eine Million Arbeitslose verzeichnen (August 1978: nicht saisonbereinigt 924 000).

Symptomatisch für die nach wie vor ruhige Gangart der Konjunktur ist auch das anhaltend kühle Preisklima. Bei den Verbraucherpreisen pendelt der jährliche Anstieg gegenwärtig um 2,5 vH. Daß die Inflationsrate so gering ist, ist allerdings noch immer den recht stabilen Nahrungsmittelpreisen sowie den auch im Vorjahrsvergleich fast unveränderten Preisen von elektrotechnischen Gebrauchsgütern zu verdanken. Bei anderen Gütern des privaten Verbrauchs ist es hingegen noch immer möglich gewesen, gestiegene Kosten bei Produktion und Handel an die Käufer zu überwälzen, so daß hier z. B. bei Kraftfahrzeugen, Textilien, Bekleidung und Schuhen im Vorjahrsvergleich Preiserhöhungen in der Größenordnung von 4 bis 5 vH durchgesetzt werden konnten. Gravierende Änderungen in der Preistendenz sind indes für die Bauwirtschaft zu registrieren; die hier bis zur Jahresmitte vorherrschende relative Preisruhe mit für diesen Sektor nicht aus dem Rahmen fallenden Anstiegsraten in der Größenordnung von 5 vH ist allen Indikatoren zufolge zu Ende gegangen. Dem Ifo-Konjunkturtest zufolge ist die Zahl der Baufirmen, die in den letzten Monaten ihre Preise erhöht haben und die auch für die nächsten Monate ihre Preise anheben wollen,

weitaus größer als im letzten Jahr. Wenn die Bauwirtschaft, was zu befürchten ist, ihre jetzt günstig gewordene Auftragssituation zu kräftigen Verbesserungen ihrer Gewinne ausnutzen sollte, ist in einer solchen Politik gleichzeitig eine Bedrohung einer steigenden Baukonjunktur auf mittlere Frist zu sehen: Die in den öffentlichen Haushalten vorgesehenen Investitionsmittel würden dann — zu Lasten des realen öffentlichen Investitionsvolumens — stärker durch erhöhte Baupreise absorbiert werden, da Bund und Länder, vor allem aber auch die Gemeinden, kaum bereit sein dürften, ihre Verschuldung über das vorgesehene Maß hinaus zu vergrößern. Aber auch die erfreulichen Aufwärtstendenzen sowohl im Eigenheimbau als neuerdings auch im Bau von Mehrfamilienhäusern würden dann wohl nicht sehr lange anhalten. Die Baufirmen sollten daher im Interesse einer mittelfristigen Sicherung ausreichender Gewinnspannen darauf verzichten, kurzfristig gegebene Möglichkeiten der Preiserhöhung auszuschöpfen und statt dessen ihre technischen und personellen Kapazitäten der größer gewordenen Nachfrage anpassen. Eine verstärkte Bereitschaft zur Ausbildung von Baufacharbeitern ist hierzu eine wichtige Voraussetzung. Soll es dazu in ausreichendem Umfang kommen, dürfen allerdings die öffentlichen Auftraggeber ihre Bauinvestitionen nicht länger primär als Instrument der Konjunkturpolitik einsetzen; vielmehr müssen sie die Bauwirtschaft als Partner bei der Verwirklichung langfristig zu planender Investitionsprogramme ansehen.

Die wirtschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik dreht sich gegenwärtig um das Bündel von Maßnahmen, das die Bundesregierung im Anschluß

an den Bonner Gipfel Ende Juli zur parlamentarischen Verabschiedung vorgelegt hat. Die Forderungen nach Veränderungen, die hierbei erhoben werden, sind vielfältig: Noch größere Entlastung bei den Steuern vom Einkommen, Verzicht auf die zum 1. 7. 79 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer, Verzicht auf die Abschaffung der Lohnsummensteuer im Jahre 1980 sowie Abdeckung von Einnahmeverlusten durch Einsparungen bei den Ausgaben sind die häufigsten in der Diskussion geltend gemachten Punkte.

Das DIW hat schon nach der Verabschiedung des 13 Mrd.-Pakets seine Befürchtung geäußert, daß weitere Einnahmenverzichte beim Staat in eine konjunkturpolitische Sackgasse führen werden: Da die Summe der Einnahmenverzichte erheblich größer sein wird als der Umfang der zusätzlichen Nachfrage, die von den durch die Steuersenkungen Begünstigten ausgeübt werden wird, und damit nur relativ geringe konjunkturelle Anstoßwirkungen zu erwarten sind, werden sich die Steuersenkungen nicht von selbst, nämlich über eine kräftige wachstumsinduzierte Erhöhung des Steueraufkommens finanzieren. Sowohl noch weitergehende Steuerentlastungen als auch eine Anpassung der Staatsausgaben an die verminderten Einnahmen würden diese Probleme verschärfen. Warnendes Beispiel ist die Entwicklung im Laufe des Jahres 1976, als mit dem Einschwenken der Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik zu Ende ging. Das für dieses und das nächste Jahr zu erwartende Wirtschaftswachstum wird nicht stark genug sein, um erneut einer solchen Belastung ausgesetzt werden zu können.

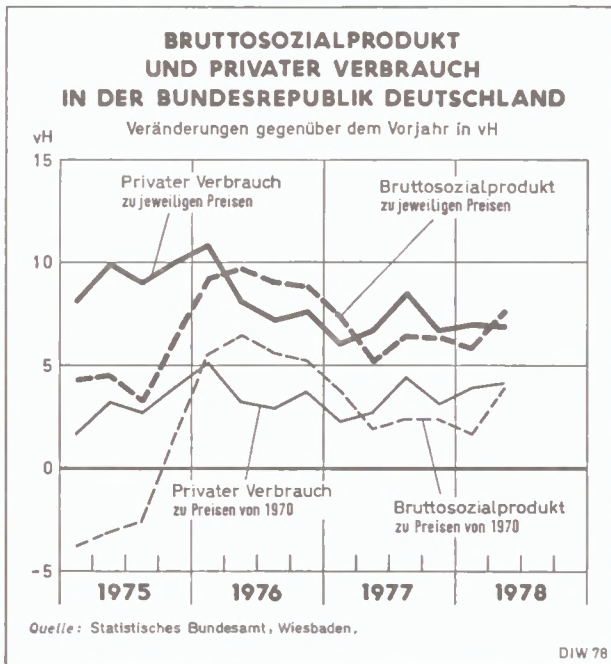
Privater Verbrauch — anhaltende Konjunkturstütze

Im ersten Halbjahr 1978 hat der private Verbrauch — wie schon in der zweiten Jahreshälfte 1977 — die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland gestützt. Für das zweite Halbjahr dürfte die Aussage nicht anders lauten; die positiven und negativen Einflüsse auf die Verbrauchernachfrage werden sich etwa die Waage halten, so daß eine Fortsetzung der stetigen Entwicklung zu erwarten ist.

Im ersten Quartal dieses Jahres war der private Verbrauch nach der Belebung im vorausgegangenen Halbjahr in gemäßigtem Tempo weiter gewachsen. Steuerliche Entlastungen bei Lohn und Einkommen, Kindergeldaufstockung und wieder große Beträge freigewordener Prämienspareinlagen waren die wichtig-

sten Faktoren für die Fortsetzung der Verbrauchskonjunktur. Bei gesunkener Sparquote erhöhte sich der private Verbrauch im Vorjahrsvergleich um 7 vH. Trotz streikbedingter Verdienstaufschläge und verzögerter Tarifverhandlungen expandierte er damit — wie in den vorangegangenen Quartalen — stärker als das Sozialprodukt.

Im zweiten Quartal war die Entwicklung nicht schlechter. Die Käufe beim Einzelhandel, der wichtigsten Einkaufsquelle der privaten Haushalte, für die nach ersten statistischen Meldungen zunächst nur ein Zuwachs von 5,7 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrswert zu unterstellen war, haben im zweiten Quartal nach neuesten Informationen den Vorjahrs-



stand um 6,6 vH übertroffen. Fühlbare Steigerungen der Nettoeinkommen bei den Arbeitnehmern haben anscheinend eine leicht verbesserte Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der eigenen finanziellen Situation bewirkt¹. In Verbindung mit der sich laufend abschwächenden Steigerung der Verbraucherpreise — die statistisch sowohl in der Indexziffer der Einzelhandelspreise als auch derjenigen für die Preise der Lebenshaltung zum Ausdruck kommt — ist die Verbrauchsneigung trotz anhaltender Arbeitslosigkeit unverändert stark geblieben. Insgesamt haben die Ausgaben für den privaten Verbrauch im zweiten Quartal wieder knapp 7 vH mehr als vor einem Jahr betragen. Nach Abzug der Preissteigerungen entspricht dies einem um reichlich 4 vH höheren Verbrauchsvolumen.

Im dritten Quartal wird die Zuwachsrate wahrscheinlich etwas niedriger ausfallen: Es ergibt sich ein negativer Basiseffekt entsprechend der besonders starken Steigerung in der gleichen Zeit des Vorjahres. Außerdem entfällt in diesem Jahr die Erhöhung der Renten aufgrund der Verschiebung des Anpassungstermins, und die Beträge aus freiwerdenden prämienbegünstigten Spareinlagen werden nicht mehr so hoch wie vor einem Jahr sein. Demgegenüber werden aber die Nachzahlungen aus den verspäteten Lohnabschlüssen noch positiv auf die Einkommensentwicklung wirken. Ein weiteres Zeichen für eine hohe Konsumbereitschaft der Verbraucher ist die zunehmende Beanspruchung langfristiger Konsumentenkredite. Alles in allem ist bis zum Jahresende mit einer anhaltend regen Verbrauchsexpansion zu rechnen.

Die Ausdehnung der Verbrauchernachfrage war begleitet von Verlagerungen in der Ausgabenstruktur bei Warenkäufen, die z. B. für das ganze Jahr 1977 mit 71 vH des gesamten privaten Verbrauchs zu veranschlagen sind. Dies zeigt sich deutlich in den Umsätzen des Einzelhandels, bei dem mehr als die Hälfte der Waren gekauft werden. Wie im Durchschnitt des gesamten Jahres 1977 sind im ersten Halbjahr 1978 die Ausgaben für den privaten Verbrauch in etwa gleichem Maße wie die *Umsätze des Einzelhandels* gestiegen. Mit einer Zuwachsrate von nominal 7,0 vH und real 4,3 vH wurde auch dort die Entwicklung der entsprechenden Vorjahrszeit (5,9 vH bzw. 2,1 vH) deutlich übertroffen.

Daten zur Entwicklung des privaten Verbrauchs

	Ausgaben zu jeweil. Preisen		Entwicklung der Preise Ausgaben		
	v. 1970		Preise	nom.	real
	Mrd.DM		gegenüb. Vorjahr in vH		
1976					
insges.	624,7	441,7	4,5	8,3	3,7
1. Hj.	298,5	213,1	5,1	9,4	4,1
2. Hj.	326,2	228,6	4,0	7,4	3,3
1. Vj.	144,2	103,6	5,4	10,8	5,1
2. Vj.	154,3	109,5	4,8	8,1	3,2
3. Vj.	154,6	108,6	4,2	7,2	2,9
4. Vj.	171,6	120,0	3,8	7,6	3,7
1977					
insges.	668,6	455,5	3,8	7,0	3,1
1. Hj.	317,7	218,4	3,8	6,4	2,5
2. Hj.	350,9	237,1	3,8	7,6	3,7
1. Vj.	153,0	105,9	3,8	6,1	2,3
2. Vj.	164,7	112,5	3,9	6,7	2,7
3. Vj.	167,7	113,4	3,9	8,5	4,4
4. Vj.	183,2	123,7	3,5	6,7	3,1
1978					
1. Hj.	339,7	227,1	3,0	6,9	4,0
1. Vj.	163,7	110,0	3,0	7,0	3,9
2. Vj.	176,0	117,1	2,7	6,9	4,1
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Statistischer Wochendienst Nr. 36.					

Weit überdurchschnittlich war die Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten (13,1 vH). Hier dürfte kurzfristig die Fußballweltmeisterschaft nachfrageanregend gewirkt haben; auch längerfristig ist jedoch aufgrund der technischen Entwicklung mit einer regen Nachfrageentwicklung zu rechnen. So ist z. B. die Ausstattung der Haushalte mit Stereoanlagen noch gering.

¹ Das Konsumklima in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1978. Eine Befragung von 2700 Haushaltsvorständen durch die Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Köln, und die GfK, Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, Nürnberg, im Mai 1978.

Entwicklung der Preise für Güter des privaten Verbrauchs

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1976	1977	1977				1978		
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jul.
Privater Verbrauch insgesamt	4,5	3,8	3,8	3,9	3,9	3,5	3,0	2,7	.
Verbrauchsgüter 1)	5,3	3,9	4,2	3,9	4,1	3,4	2,3	1,7	1,6
darunter: Nahrungsmittel	5,7	2,5	3,3	2,3	2,4	2,0	1,3	1,0	1,9
Saisonabhängige 2)	13,3	1,9	6,8	2,2	0,3	-1,7	-5,8	-6,2	-0,6
Sonstige	4,1	2,6	2,4	2,3	2,9	2,7	3,0	2,8	2,5
Genußmittel	3,6	12,9	11,7	13,9	15,0	10,8	3,0	-0,2	-2,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	6,6	1,1	1,6	1,0	0,6	1,2	2,0	2,4	2,2
Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer und/oder von begrenztem Wert	3,1	4,1	3,7	4,1	4,3	4,3	4,6	4,3	4,2
darunter: Bekleidung und Schuhe	3,4	4,5	4,1	4,6	4,8	4,8	5,0	4,7	4,6
Dauerhafte, hochwertige Gebrauchsgüter	2,7	3,0	3,0	3,0	3,0	2,8	3,6	3,4	3,4
darunter: Möbel	3,0	4,3	4,2	4,5	4,4	4,2	4,8	4,4	4,3
Elektrische Haushaltsmaschinen und Geräte, langlebig	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,8	1,1	0,8	0,8
Kraftfahrzeuge und Fahrräder	4,2	3,6	4,1	3,5	3,5	3,1	3,8	3,0	3,9
Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	-1,2	-1,7	-1,0	-1,6	-2,1	-2,2	-2,0	-1,8	-1,5
Wohnungsmieten	5,1	3,4	3,8	3,2	3,2	3,3	3,2	3,1	2,9
Dienstleistungen	4,6	4,5	4,2	4,7	4,5	4,6	4,1	3,4	2,7
darunter: Verkehrsleistungen	6,3	5,0	2,5	4,5	5,3	7,6	7,7	7,3	5,4
Dienstleistungen des Gesundheitswesens	6,6	5,1	5,3	4,9	5,0	5,1	5,0	4,2	4,4
Unterricht und Kindergartenbesuch	6,7	3,7	4,5	4,0	3,5	2,9	3,2	2,8	2,9
Dienstleistungen der Banken und Versicherungen	0,0	4,6	3,1	5,0	5,1	5,1	2,1	0,7	0,0

1) Einschließlich Reparaturen.- 2) Besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel.

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW aufgrund der Preisindexziffern für den privaten Verbrauch und für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Der vorjährige Spitzenreiter der Umsatzentwicklung, der Fahrzeughandel, verbuchte in diesem Jahr eine geringere Zuwachsrate von etwas über 10 vH, die aber in der Auslaufphase der Automobilkonjunktur noch immer beachtlich ist.

Gegenüber der Vorjahrsentwicklung stark reduziert hat sich die Zuwachsrate im Möbelhandel (7,2 vH), doch ist hier das ebenfalls hohe Ausgangsniveau im Vorjahr zu berücksichtigen. Die zunehmende Zahl fertiggestellter Wohnungen läßt auch künftig eine rege Nachfrage erwarten. Möglicherweise wird davon der Handel mit dauerhaften Haushaltsgeräten — wie Herden und Kühlschränken — nach der Umsatzstagnation im ersten Halbjahr (0,2 vH) wieder profitieren.

Besonders bemerkenswert war die Umsatzzunahme im Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, die mit 8,2 vH beträchtlich über dem Durchschnitt lag. Nach Abzug der geringen Preissteigerung ergibt sich ein realer Mehrverbrauch von 7,1 vH. Der Handel berich-

tet, daß die Verbraucher vermehrt höherwertige Waren gekauft haben². Dabei wurden die großen Filialunternehmen (mit 5 und mehr Verkaufsstellen) deutlich bevorzugt. Ihr Umsatzzuwachs übertraf den des übrigen Lebensmittelhandels um mehr als das Doppelte (13,2 vH bzw. 4,2 vH), allerdings sind daran auch die zum Sortiment dieser Unternehmen gehörenden Non-food-Waren beteiligt gewesen.

Ebenfalls überdurchschnittlich und erheblich stärker als zur gleichen Zeit des Vorjahres expandierten die dem Freizeitkonsum zuzurechnenden Umsätze von Sport- und Campingartikeln, Blumen-, Pflanzen- und Gartenartikeln, optischen Erzeugnissen wie auch Benzin. Dagegen blieben z. B. Spielwaren, Bücher, Tapeten und Fußbodenbeläge, anders als im Vorjahr, hin-

² Siehe: Pressedienst des Handels, Hrsg. Wirtschaftlicher Forschungsdienst des Einzelhandels in Verbindung mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Köln. Nr. 24/78.

ter der Durchschnittsentwicklung zurück. Enttäuschend war bisher auch wieder die Entwicklung bei Bekleidung, jedoch ist im weiteren Verlauf des Jahres mit der neuen Mode dort eine Belebung der Nachfrage wahrscheinlich.

Die ersten Meldungen über die Juli-Umsätze im Einzelhandel sind bei einer Zuwachsrate von 3,4 vH (real 1 vH) enttäuschend, dürften aber nach aller Erfahrung nachträglich um 1 bis 2 Prozentpunkte nach oben korrigiert werden; überdies erklärt sich der geringere Zuwachs zum Teil daraus, daß der Sommerschlußverkauf — im Gegensatz zum Vorjahr — bis auf einen Tag erst in den August gefallen ist. Insgesamt herrscht im Einzelhandel für den Umsatzverlauf im zweiten Halbjahr — wie Messeberichten zu entnehmen ist — ein vorsichtiger Optimismus. Die Preisforderungen bleiben im allgemeinen innerhalb des gegenwärtigen Rahmens.

Die Steigerungsrate der *Verbraucherpreise*, die sich fortgesetzt abgeschwächt hat, erreichte im zweiten Quartal mit 2,7 vH ihren niedrigsten Stand seit 1969. Vom ersten zum zweiten Quartal ist sie in allen Gütergruppen, den Verbrauchsgütern, den Gebrauchsgütern und den Dienstleistungen (einschl. Wohnungsmieten) zurückgegangen. Bei den Gebrauchsgütern jedoch war die Preiserhöhung — im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen — sogar stärker als im Jahr 1977.

Wesentlichen Anteil an der deutlich abgeschwächten Erhöhung des durchschnittlichen Preisniveaus im ersten Halbjahr 1978 hatte die Entwicklung der Preise von Nahrungs- und Genußmitteln, wo teilweise sogar kräftige Preisrückgänge zu verzeichnen waren. Sie entstanden vor allem durch ein reichliches Angebot an ernte- und saisonabhängigen Nahrungsmitteln und durch Reduzierungen bei den im Vorjahr stark erhöhten Preisen für Bohnenkaffee.

Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in der Gruppe der Dienstleistungen, deren Preise im allgemeinen nicht besonders flexibel sind und im Trend stärker steigen als die Warenpreise. Bei den Wohnungsmieten war die Abschwächung zwar minimal,

aber verglichen mit der Entwicklung in früheren Jahren ist die Steigerungsrate mit 3,1 vH gering. Die dagegen kräftig ermäßigte Preissteigerung bei den übrigen Dienstleistungen gründet sich vor allem auf die Entwicklung im Bereich des Gesundheitswesens, der Bildung und der Banken und Versicherungen.

Die Abschwächung der durchschnittlichen Preissteigerung bei den Gebrauchsgütern ist gering gewesen. Preiserhöhungen unterschiedlichen Ausmaßes standen Preisrückgänge, z. B. bei der Unterhaltungselektronik und bei Fotoartikeln gegenüber.

Zusammenfassend ist die Entwicklung der Verbraucherpreise im ersten Halbjahr 1978 durch Zuwachsraten gekennzeichnet, die für

Nahrungs- und Genußmittel	1,7 vH
alle übrigen Waren	3,5 vH
Dienstleistungen einschl. Wohnungsmieten	3,6 vH

betragen.

Die vorläufigen Informationen über die Daten von Juli und August lassen keine wesentlichen Veränderungen erkennen. Auch in einem Bericht aus dem Einzelhandel³ über die Einkaufspreise längerfristig georderter Waren, die im zweiten Halbjahr verkauft werden, wird — im Vergleich zum ersten Halbjahr — für Nahrungs- und Genußmittel eine weiter abnehmende, für die Waren aus dem Nonfood-Bereich eine gleichbleibende durchschnittliche Steigerungsrate der Einkaufspreise festgestellt.

Da sich im Laufe des zweiten Halbjahres die im Nahrungs- und Genußmittelbereich wirksamen Sondereinflüsse allmählich abschwächen werden, ist mit einer wieder zunehmenden Erhöhung des Gesamtdurchschnitts der Verbraucherpreise zu rechnen. Denn bei einer unveränderten Kaufneigung für Gebrauchsgüter und Dienstleistungen ist bei diesen Gütergruppen kein Effekt zu erwarten, der den verstärkten Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln kompensieren würde.

³ Pressedienst des Handels, a.a.O., Nr. 27/29.